Nr. 54 2. Ausgabe

Mittwoch, 25. Februar 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13528, 13838, 13897, 17108. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2069. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigenpreise
Grundzeile, 33 mm breit, M. 1.30, für das Ausland M. 2.—. Reklamezeile, 61 mm breit, M. 4.—, mit Platzvorschrift M. 4.50, für das Ausland M. 6.—. Bei Listen- oder Kundsatz 10 v. H. Preiserhöhung. Auf alle Grundpreise 10 v. H. Zuschlag. Briefgebühr 30 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen keine Gewähr.

Bezugspreise
Bei freier Zustellung durch Boten monatlich M. 2.75, vierteljährlich M. 8.25. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 2.75, vierteljährlich M. 8.25, ausschließlich Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 1.45, nach dem Auslande wöchentlich M. 2.—. Preis für die Einzelnummer 10 Pf.

Der Warenaustausch mit Rußland

Von Ado Zandig

In der deutschen Presse wird noch immer die Behauptung aufgestellt, daß die von uns gemachten bitteren Erfahrungen bei dem geplanten Warenaustausch mit Rußland auf ein Fehlen von Lebensmitteln und Rohstoffen in Rußland zurückzuführen seien. Kenner des russischen Wirtschaftslebens und der heutigen Verhältnisse sind überzeugt, daß hieran der Warenaustausch sicherlich nicht gescheitert ist. Lebensmittel und namentlich Rohstoffe waren in ganz erheblichen Mengen vorhanden, und wären von den Russen auch geliefert worden, wenn unsre damalige Moskauer Mission nicht einen so unglaublichen Grad von Unfähigkeit bewiesen hätte. Die Tatsache, daß Rohstoffe vorhanden waren, und die Russen die getroffenen Abmachungen auch eingehalten hätten, wurde durch einen von einer Dienststelle im okkupierten Gebiete durchgeführten Warenaustausch bewiesen. Dieser Austausch wäre noch ganz wesentlich umfangreicher ausgefallen, wenn von Deutschland genügend Austauschgüter zur Verfügung gestanden hätten.

Den Behauptungen, daß Rußland nicht imstande sei, genügend Austauschgüter herbeizuschaffen, steht die Tatsache gegenüber, daß der Volkskommissar für Handel und Industrie, Krassin, erst kürzlich noch seinen Beauftragten angewiesen hatte, zur Deckung des allernotwendigsten Bedarfes landwirtschaftliche Maschinen für den Betrag von 240 Millionen Rubel sowie Holzbearbeitungsmaschinen zur Inbetriebsetzung der Sägemühlen der Forstverwaltung für 180 Millionen Rubel und Eisenbahnmaterial für 200 Millionen Rubel zu beschaffen unter Hinweis darauf, daß Austauschgüter noch weit über diese Beträge hinaus sichergestellt sind. Der bekannte russische Professor Lomonosow, den zu sprechen ich im Spätsommer 1919 Gelegenheit hatte, versicherte mir, daß es dem Volkskommissariat für Handel und Industrie keinerlei Schwierigkeiten bereiten würde, Austauschgüter im Werte von etwa 8 bis 10 Milliarden Rubel zu beschaffen, wenn hiergegen Austauschgüter, die von der Bauernbevölkerung verlangt werden, geliefert werden könnten. Daß Rohstoffe in erheblichen Mengen vorhanden sind, ist mir auch verschiedentlich von andern glaubwürdigen Seiten bestätigt worden.

Warnen möchte ich dagegen davor, den Genossenschaften unter den heutigen Verhältnissen eine allzu große Bedeutung für den Warenaustauschverkehr und den Außenhandel beizumessen. Zwar wird von diesen russischen Genossenschaften immer wieder der Versuch gemacht, Verhandlungen, die auf einen Warenaustausch hinauszielen, aufzunehmen. Ich bin aber überzeugt, daß diese Versuche, wenn man sich dazu verleiten ließe, dieselben Enttäuschungen bringen würden, die die Versuche gebracht haben, die nach Abschluß des Brester Vertrages mit und ohne Unterstützung unserer Regierung unternommen wurden, und die scheitern mußten, weil die Erfahrungen und Beziehungen, über die die Betreffenden in Rußland verfügten, für die heutigen Verhältnisse nicht mehr maßgeblich sind. Es ist aber durchaus falsch, hieraus etwa den Schluß zu ziehen, daß ein Warenaustauschverkehr unter der heutigen russischen Regierung praktisch undurchführbar sei, sei es, weil die Russen die Verträge nicht einhalten, sei es, weil keine Rohstoffe vorhanden seien. Beide Annahmen sind nach meiner Ueberzeugung falsch. Wohl aber kommt es darauf an, daß die Austauschverhandlungen an der richtigen Stelle und mit der den heutigen Verhältnissen angemessenen Basis durchgeführt werden.

Vor allem ist ein Moment als das wichtigste zu beachten. Nachdem der russische Außenhandel nationalisiert wurde, ist es vollkommen ausgeschlossen, Warenaustauschgeschäfte mit irgendeiner andern Instanz zu machen, als mit dem Volkskommissariat für Handel und Industrie bzw. mit den von diesem geschaffenen Spezialinstanzen. Wird dieses Moment aber beachtet, so lassen sich Warenaustauschverträge schließen, ohne daß die politischen Verhältnisse der beiden Austauschländer dadurch in irgendeiner Weise berührt werden.

Man darf nicht vergessen, daß auch die englische Regierung sich bereits veranlaßt gesehen hat, die englische Kaufmannschaft zur Aufnahme des russischen Warenaustauschgeschäftes zu ermuntern. Es könnte einen für den Wiederaufbau unsres Wirtschaftslebens verhängnisvollen Irrtum bedeuten, wenn wir diese englischen Versuche kurzerhand als ergebnislos bezeichnen und tatenlos den Anknüpfungsversuchen der Engländer zusehen würden. Die englische Geschäftswelt und Regierung verfügen über ein sehr gutes Nachrichtenmaterial aus Rußland und beide sind offenbar überzeugt, daß bei den heutigen russischen Verhältnissen nur durch Initiative von privater Seite tatsächliche Erfolge erzielbar sind. Die englische Regierung hat daher auch dem britischen Kaufmann die Führung in dieser Angelegenheit überlassen und ihm in der Bewilligung des Versicherungsfonds von siebzehn Millionen Pfund einen starken Rückhalt gegeben.

Unsre zuständigen Regierungsbehörden sollten es sich daher gesagt sein lassen, daß weder durch Errichtung neuer Zentralstellen mit „Kennern russischer Verhältnisse", von denen keiner die heutigen Verhältnisse kennt, noch durch Ausarbeitung eines Programms oder von Richtlinien oder aber durch Gründung von Gesellschaften mit Monopolrechten praktische Erfolge im Warenaustausch mit der russischen Regierung erzielt werden können. Die „Erfolge" solcher Versuche würden sich würdig dem Fiasko in Moskau und in der Ukraine angliedern. Wir haben eine ganze Reihe von Persönlichkeiten, die auch die heutigen russischen Verhältnisse kennen. Diesen schaffe man die nötigen Freiheiten in bezug auf Nachrichtenübermittlung und Reisen. Es würde dann bestimmt in kürzester Zeit der Beweis erbracht werden, daß die vom grünen Tische aus als unüberwindlich bezeichneten Schwierigkeiten durch die Privatinitiative überwunden werden können.

Die veränderte Stellung zu Rußland

Basel, 24. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Die „Neue Korrespondenz" erfährt von ihrem Londoner Vertreter folgende Einzelheiten aus der gestrigen Ministerpräsidentenkonferenz, an der auch Millerand und Scialoja teilnahmen. Danach haben die Meinungsverschiedenheiten in der russischen Frage eine Milderung erfahren. Es sei eine Einigungsformel angenommen worden, die sich dem französischen Standpunkt nähere und dahin zusammengefaßt werden könne, daß zwar mit den Russen in Verkehr getreten werden könne, aber nicht in direkte Verbindung mit der Sowjetregierung. Es wurde ferner beschlossen, daß die Verbündeten Polen und Rumänien Hilfe leisten würden, falls diese Länder durch die Bolschewisten angegriffen werden sollten.

× London, 23. Februar. (Reuter.) Hauptgegenstand der Erörterungen in der heutigen Sitzung des Obersten Rates war die russische Frage. Der Oberste Rat beschloß, demnächst eine Beratung mit Sachverständigen über die hohen Preise und Wechselkurse in Europa abzuhalten.

Die russischen Handelsbeziehungen der Alliierten

× Paris, 24. Februar. Saint Brice teilt im „Journal" mit, man habe sich in London über die russische Frage geeinigt. Es wurde grundsätzlich beschlossen, mit den Vertretern der Sowjets über die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit den russischen Genossenschaften zu verhandeln, jedoch zu vermeiden, über die offizielle Anerkennung der bolschewistischen Regierung zu sprechen.

Schwedische Annäherungsversuche

Kopenhagen, 24. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Aus Reval wird gemeldet: Der frühere Attaché der schwedischen Botschaft in Petersburg, Brusewitz, befindet sich in geheimem Auftrag in Reval, um zu versuchen, nach Sowjetrußland zu kommen. Während die schwedische Regierung sich offiziell weigert, die Beziehungen zu Rußland aufzunehmen, soll Brusewitz einen Brief Brantings überbringen, in dem auf die Bedeutung der Aufnahme der Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern hingewiesen wird. Danach wären die Schweden die ersten, die mit Rußland Handel treiben wollen, und zwar wollen sie Lokomotiven, rollendes Material und Ersatzteile gegen Getreide zur Verfügung stellen. Zum Schluß heißt es, Amerika und Norwegen wollten dem schwedischen Beispiel folgen.

Die deutschen Gefangenen in Rußland

× Berlin, 24. Februar. Die Verhandlungen mit dem Vertreter der Sowjetregierung über die gegenseitige Heimschaffung der Kriegsgefangenen werden von der Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene geführt. Die Ergebnisse der Verhandlungen werden nur von dieser Stelle bekanntgegeben werden. Das Internationale Rote Kreuz wird bei den Verhandlungen beteiligt sein, ebenso humanitäre Organisationen und Interessentenverbände.

Die Geiseln für Radek

Von den für Radek ausgetauschten Geiseln sind Hans Cleinow, Adolf Bethmann, Ottomar Heinze sowie Leo und Max Schanz in Reval eingetroffen und werden mit der nächsten Dampfergelegenheit nach Deutschland weiterreisen. Leutnant Bruno Bertram wird von der Sowjetregierung noch als Geisel für den in Deutschland befindlichen Axelrod zurückbehalten.

Verkehrsberatungen in Warschau

× Warschau, 24. Februar. Gestern begannen im Ministerium des Auswärtigen die Beratungen über die Regelung des Bahn-, Post-, Telegraphen-, Paß- und Zollverkehrs zwischen Polen und Deutschland, dem Freistaat Danzig und den Abstimmungsgebieten.

Verhaftung eines Arbeiterführers in Posen

× Bromberg, 24. Februar. Die „Ostdeutsche Rundschau" meldet: Der frühere Vorsitzende des Bromberger Arbeiterrates, der jetzige Vorsitzende des Gewerkschaftsbundes, Paul Stöpel, bisher Mitglied der Preußischen Landesversammlung, ist auf Anweisung des Oberkommandos in Posen am Freitag verhaftet und nach Posen gebracht worden.

Zur Abwehr falscher Gerüchte

× Bromberg, 23. Februar. (Deutsch-polnischer Pressedienst.) Die deutsche Vereinigung teilt mit: Infolge einer Revision in den Geschäftsräumen der Geschäftsstelle der Vereinigung des deutschen Volkstums in Posen, die auf Befehl des Generalkommandos in Posen am Donnerstag und Freitag vorgenommen wurde, sind zahlreiche wilde Gerüchte über Verhaftung des Geheimrats Cleinow und des Geschäftsführers der Vereinigung Kühlwein im Umlauf. Diese Gerüchte entbehren jeder Grundlage. Die Untersuchung in den Geschäftsräumen sowie die Haussuchungen in den Wohnungen der genannten Herren haben keinerlei irgendwie belastendes Material ergeben. Es ist festgestellt worden, daß die Vereinigung ihr Programm, den Schutz des Deutschtums in Posen in keiner Weise überschritten hat. Die Untersuchung, die infolge des sehr großen Geschäftsumfanges zu einer vorübergehenden Schließung der Geschäftsräume zwang, ist nur, wie der mit der Leitung beauftragte Offizier dem Geschäftsführer der Vereinigung erklärte, auf Grund von Denunziationen erfolgt, die dem Posener Generalkommando aus deutschen Kreisen zugegangen waren.

Umstellung der Politik Oesterreichs?

• Wien, 24. Februar. Aller Voraussicht nach wird in kurzer Zeit in Oesterreich eine Neuorientierung der Politik eintreten, und zwar eine Schwenkung von dem Westen nach dem Osten. Dies haben die neuerlichen fast ergebnislosen Reisen der Staatssekretäre nach Paris bewirkt. Sie haben aber so viel wie gar nichts nach Hause gebracht und in politischen Kreisen ist vielfach die Ueberzeugung zum Ausdruck gelangt, daß die allzu westliche Orientierung des Staatskanzlers Dr. Renner nicht jene Erfüllung brachte, die man nach den ersten Abgängen in Paris erwartete, für eine Neuorientierung, zu deren Eintritt die Nachrichten bedeutend dazu beitragen, daß England, Deutschland und die Tschecho-Slowakei den festen Willen haben, die Aufnahme eines vollen Handelsverkehrs mit Rußland durchzuführen.

Westungarn

Man schreibt uns aus Wien vom 20. Februar:

Die ungarische Regierung hat an die österreichische eine Note gerichtet, in der Volksabstimmung in dem in St.-Germain Oesterreich zugesprochenen westungarischen Gebietsstreifen verlangt wird, ob die Bevölkerung bei Ungarn verbleiben oder an Oesterreich fallen will. In derselben Note wurden Verhandlungen über den freien Verkehr zwischen Ungarn und Oesterreich angeboten. Die Behandlung beider Fragen: Westungarn und freier Verkehr in demselben Schriftstücke bedeutet nicht nur eine äußerliche Verknüpfung, sondern Ungarn will durch diese Veranlassung anzeigen, daß es den freien Verkehr nur dann zuzugestehen bereit sei, wenn Oesterreich die Volksabstimmung in Westungarn zugesteht, wozu es nach dem Vertrage von St.-Germain nicht verpflichtet ist, da ihm in diesem Vertrage Deutschwestungarn glattweg zugesprochen wird. Nun ist man in Oesterreich weit entfernt davon, das ihm zugesprochene deutschsprachige Grenzgebiet gegen den Willen der Bevölkerung sich anzugliedern, da man ja in St.-Germain auch für Südtirol, Deutschböhmen und Südmähren die Volksabstimmung verlangt hatte.

Wogegen man sich in Oesterreich sträubt, ist erstens die Verquickung der westungarischen Sache mit der Verkehrsfrage, weil diese handelspolitische Angelegenheit mit der nationalpolitischen gar nichts zu tun hat, und zweitens lehnt man das Eingehen auf die Abstimmung ab, solange ungarisches Militär und ungarische Beamte das fragliche Gebiet besetzt halten, weil dadurch ein Druck auf die Bevölkerung ausgeübt wird, der die freie Willensäußerung nicht aufkommen läßt. Allein das Selbstbestimmungsrecht soll nicht unterdrückt werden, und darum besteht der Plan, daß nach Abzug der ungarischen Organe aus Westungarn diesem, als einem im Friedensvertrage Oesterreich zugesprochenen Gebiete, der Charakter eines selbständigen österreichischen Landes gegeben und daß die dann nach allgemeinem Wahlrecht zu wählende Landesvertretung zu bestimmen haben werde, ob eine Volksabstimmung über die Zugehörigkeitsfrage vorgenommen werden soll oder nicht. Im bejahenden Falle wird sich Oesterreich dem Votum der Bevölkerung unbedingt fügen. Dieser Plan geht nicht nur von der Regierung aus, sondern hat auch die einmütige Zustimmung der Nationalversammlung gefunden, bei deren Beratung über die Bedrückung der deutsch-österreichisch gesinnten Bevölkerung Westungarns durch die Organe der ungarischen Regierung vielfach Klage geführt wurde.

Die Ungarn wehren sich

× Budapest, 24. Februar. Das Ungar. Telegr.-Korr.-Bureau meldet: Das Wiener Blatt „Der Morgen am Montag" stellt abermals die schon so oft widerlegte Behauptung auf, daß die Entführung einzelner Kommunisten aus Wien unter Mitwirkung und Mitwissen der ungarischen Gesandtschaft durchgeführt wurde. Der Gesandte Dr. Gratz hat heute das Staatsamt für Aeußeres ersucht, ihm und der unter seiner Leitung stehenden Gesandtschaft gegen diese verleumderischen Angriffe Schutz und Genugtuung zu gewähren.

Französische Bündnispolitik

• Wien, 24. Februar. Es haben sich in der letzten Zeit die Nachrichten über angebliche Verhandlungen zwischen Paris und Belgrad über ein Militärabkommen zwischen Frankreich und Südslawien verdichtet. Die französischen Diplomaten arbeiten seit längerer Zeit daran, zwischen Oesterreich und der Tschecho-Slowakei ein engeres militärisches Verhältnis herzustellen, dem auch andre politische Verhandlungen folgen sollen.

Poincarés neue Tätigkeit

× Paris, 24. Februar. Der Auslandspolitiker des „Matin", Sauerwein, der den Ministerpräsidenten Millerand nach London begleitete, telegraphiert seinem Blatte, es sei in London kein Geheimnis für irgend jemanden, daß die Debatten des Wiedergutmachungsausschusses in den letzten Tagen sehr peinlich gewesen seien. Mit Ausnahme des belgischen Delegierten hätten alle Kollegen des Senators Jonnart gegen die Eingriffe, die die französische Regierung in Berlin wegen der Besetzungsfristen für die Rheinlande unternommen habe, Einspruch erhoben.

+ Berlin, 24. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Poincarés Ernennung zum Vorsitzenden der Wiedergutmachungskommission hat zwar den Gedanken nahegelegt, daß nunmehr in dieser Institution ein ausgesprochen deutschfeindlicher Wind wehen werde, der Deutschland nichts hoffen lasse, und man wird denen nicht unrecht geben können, die daran erinnern, daß Poincaré der Vertreter des starken Nationalismus in Frankreich ist. Immerhin scheint es angebracht, mit der Kritik Poincarés in seinem neuen Amte solange zurückzuhalten, bis positive Grundlagen dafür vorhanden sind. In hiesigen politischen Kreisen gibt man sich der Hoffnung hin, die weitere Entwicklung werde Poincaré zu der Auffassung bringen, daß es mit dem Elan allein nicht getan sei, wenn praktische Arbeit geleistet werden soll. Letzten Endes sitzen in der Wiedergutmachungskommission auch die Vertreter anderer Mächte, und wenn auch nicht nachdrücklich genug davor gewarnt werden kann, auf eine Zwietracht zwischen den Ententemächten zu spekulieren, so ist doch auch nicht anzunehmen, daß die Vertreter der andern in der Wiedergutmachungskommission stimmberechtigten Mächte mit Poincaré durch dick und dünn gehen werden.

Das Beratungsprogramm der französischen Sozialisten

• Basel, 24. Februar. Die Tagesordnung des französischen Sozialistenkongresses, der vom 25. bis 29. Februar in Straßburg stattfindet, umfaßt außer verschiedenen Berichten, die von Frossard, Bracke, Breit und Blum erstattet werden, eine Besprechung der politischen Lage. Bei dieser sollen zuerst die Wahlen, dann die Tätigkeit der sozialistischen Parteien im Parlament und weiter die Organisation der Propaganda im Lande behandelt werden. Im Anschluß an einen Bericht über die internationale Lage, den der Generalsekretär der Partei, Frossard, erstattet, werden die Entscheidungen der alten internationalen Konferenzen und die Fragen des Genfer internationalen Kongresses zur Debatte gestellt werden. Auf der vorbereitenden Tagung der Sozialisten des Seine-Departements wurde der Ausschluß der gemäßigten Sozialisten Levasseur, Brunet, Aubriot, Mayer usw. bestätigt. Bei der Wahl der Delegierten für den Straßburger Kongreß wurden gewählt fünfzehn Anhänger des sofortigen Beitritts und neun Anhänger des bedingten Beitritts zur Moskauer Internationale sowie ein Anhänger der Zweiten Internationale.

Vom Achtstundentag

Von Anton Erkelenz, M. d. N.

(Nachdruck verboten.)

Wie im Kriege, so ist auch heute noch das öffentliche Leben Deutschlands viel zu viel von der Phrase beherrscht. Man hat jeweils einen oder mehrere Teufel, die wir für unser Elend, für die Schwierigkeit unsrer Lage verantwortlich machen. Vor sechs Wochen hieß einer dieser Teufel Betriebsräte, jetzt heißt es: Deutschland geht zugrunde am Achtstundentag. Ueberall steht es gedruckt, keine Rede ohne entsprechenden Hinweis. Wo Rauch ist, pflegt ja gemeinhin etwas Feuer zu sein, aber hier wird die Sache wieder einmal stark übertrieben. Und daraus entstehen dann in der Regel falsche Maßnahmen. Was sind die Tatsachen?

Es ist in unendlich vielen Fällen nachgewiesen, daß bei achtstündiger intensiver Arbeit auf die Dauer das gleiche, oft mehr geleistet werden kann, als in zehn oder zwölf Stunden. Voraussetzung dabei ist eine bessere Durchbildung der Betriebsorganisation, oft bessere technische Einrichtungen. Beides kann natürlich nicht von heute auf morgen geschaffen werden. Deshalb war es ein Fehler, im November 1918 einfach durch allgemeine Verordnung eine Verkürzung der Arbeitszeit um zwei Stunden durchzuführen, statt eine schrittweise Verkürzung vorzusehen.

Es gibt zahlreiche Fälle, in denen jetzt in acht Stunden nicht weniger, sondern mehr geleistet wird als früher in zehn und zwölf. Die ununterbrochen arbeitenden Betriebe haben zum Teil eine Steigerung um ein volles Drittel und mehr erreicht. Solche Ergebnisse wären in noch viel größerem Umfange erzielt worden, wenn wir nicht am Ende des Krieges mit einer völlig zerrütteten Betriebsorganisation, was aber noch schlimmer war, mit verschlissenen, verbrauchten Maschinen usw. dagestanden hätten. Selbst im Bergbau, wo es stark auf manuelle Arbeit ankommt, kann innerhalb gewisser Grenzen in kürzerer Arbeitszeit mehr geleistet werden als in längerer. Der britische Bergarbeiter fördert zur Zeit in sieben Stunden mehr Kohlen als früher in acht.

Wo ein wesentlicher Ausfall in der Gütererzeugung entstanden ist, beruht er, neben der schon erwähnten Herabwirtschaftung unsres Materials durch den Krieg, auf Mangel an Arbeitslust, nicht auf der Kürze der Arbeitszeit. Hier liegen seelische Faktoren zugrunde, die auch mit einer Verlängerung der Arbeitszeit nicht beseitigt werden. Hält man unwillige Arbeitskräfte länger fest, so leisten sie bei gleichzeitig steigenden Produktionskosten weniger als vorher. Die Ursache der seelischen Erkrankung liegt in den Folgen des Krieges und der Niederlage. Man braucht Zeit und eine feste, aber gerechte Staatshand, um diesen Zustand zu überwinden.

Wir haben noch Hunderttausende ehrliche Arbeitslose. Weit über eine Million Arbeiter müssen sonst noch zeitweise feiern, aus Mangel an Kohle, Gas, Strom. Ehe daran überhaupt etwas geändert werden kann, muß zunächst eine Steigerung der Förderung im Bergbau, eine Hebung des Verkehrs einsetzen. Nur dort hätte eine Verlängerung der Arbeitszeit überhaupt einen Sinn. Aber auch sie wird so lange in ihrer Wirkung beeinträchtigt bleiben, als nicht die Bergwerke wieder technisch auf der Höhe sind.

Und hier spielt m. E. ein politisches Moment hinein. Die Miesmacherei, die von rechts in die Unternehmerkreise hineingetragen wird, mit der imaginären Hoffnung auf einen baldigen politischen Umschwung, behindert den Aufbau unsrer Wirtschaft nicht weniger als die Förderung der Arbeitsunlust durch die Radikalinskis. Es ist unglaublich, wie in einem Lande, dessen Fabriken ungestört sind, das über vorerst unerschöpfliche Reserven an Arbeitskraft verfügt, ein solcher Mangel an Arbeitslust oben und unten entstehen kann.

Die Arbeiter haben in den knapp eineinhalb Jahren seit November 1918 viel gelernt und haben sich nicht gescheut, alte, liebgewordene Ideen über Bord zu werfen oder zurückzustellen. Sie haben auf alle Sozialisierungspläne verzichtet und sich auf den Standpunkt der Gemeinwirtschaft zurückgezogen. Sie haben der Wiedereinführung der Akkordarbeit zugestimmt in dem Augenblick, als sie den Irrtum erkannten. Und solcher Dinge gibt es mehr. Von ihnen zu verlangen, daß sie eine Verlängerung der täglichen Arbeitszeit generell herbeiführen, in dem Bewußtsein,

1. daß in der längeren Arbeitszeit nicht mehr, oft sogar weniger geleistet werden kann, als jetzt bei voller Arbeitslust geleistet wird oder werden könnte;

2. daß sie nachher nicht einen Tag wöchentlich wegen Kohlen- usw. Mangels feiern müßten, sondern etwa zwei Tage: das erscheint ein reichlich unbedachtes Verlangen.

Nun ist aber z. B. die Schieberei mit Waren aller Art, gesellschaftlich gesehen, nicht weniger ruinös als der Mangel an Arbeitslust in vielen Betrieben. Haben Sie schon einen Schieber oder eine Organisation von Schiebern gefunden, die gesagt hätte: Wir sehen das ein, wir schieben nicht mehr, sondern handeln fortan ehrlich, damit der Wiederaufbau endlich vor sich geht? Oder: die Staatsausgaben übersteigen immer noch weit die Einnahmen, deshalb muß der Staat Steuern erheben. Ich habe nun noch wenige Leute, die selbst etwas zu versteuern hatten, gehört, die sagten: Richtig, so muß es sein, ich zahle gern, damit die Staatsfinanzen in Ordnung kommen. Im Gegenteil, alles schreit Zeter und Mordio, verlangt aber gleichzeitig den zehn- oder zwölfstündigen Arbeitstag.

Grundsätzlich ist der Achtstundentag m. E. unantastbar. Seine Anwendung ist heute zu schematisch. Leute, die leichte Arbeit verrichten, die mehr Arbeitsbereitschaft als Arbeit aufwenden, können länger als acht Stunden arbeiten. Wo Not am Mann ist, da entspricht es unsrer durch den Krieg geschaffenen traurigen Lage, daß nach Verständigung Ueberarbeit geleistet wird. Das ist augenblicklich die Lage im Bergbau. Damit ist m. E. die Stellung der Arbeiter scharf umrissen.

Die Landarbeiterbewegung in Pommern

+ Berlin, 24. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die Landarbeiterbewegung in Pommern ist dadurch auf einen toten Punkt gelangt, weil die Arbeitnehmer es ablehnen, mit dem Landbund zu verhandeln.

Ausstände der Glasarbeiter im Saargebiet

× Saargemünd, 24. Februar. Streikende Arbeiter der Kristallglaswerke in St. Ludwig und Münster ließen die Oefen ausgehen. Der Schaden beläuft sich auf 500 000 Franken.

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-1920022502/1